

Hans-Erich Volkmann (Freiburg i. Br.)

## ZUR RÜSTUNGSÖKONOMISCHEN BEDEUTUNG UND GROSSRAUMWIRTSCHAFTLICHEN MOTIVATION DER EINGLIEDERUNG DER SUDETENGEBIETE UND BÖHMEN—MÄHRENS IN DAS DEUTSCHE REICH

Die hier zu behandelnde Problematik soll aus der vergegten Perspektive des Münchener Vertragswerkes herausgelöst und in einen größeren Rahmen gespannt werden, indem der Stellenwert der genannten Territorien in der politisch-ökonomischen Gesamtrechnung des Dritten Reiches vor und auch nach München zu bestimmen ist.

Wer die Triebfedern des nationalsozialistischen Aggressionskurses eruieren will, darf sich nicht darauf beschränken, allein über die machtpolitischen und rassenideologischen Ursächlichkeiten der Annexionspolitik zu reflektieren; er muß vielmehr auch ihre ökonomischen hinterfragen. Gerade dies aber hat die nicht marxistische Historiographie lange Zeit sträflich versäumt. Dies gilt für die Beurteilung der deutschen Okkupationspolitik ganz allgemein, wie speziell für die Wertung und Deutung der Einbeziehung des sogenannten Sudetengaus und des Protektorats in das als großdeutsch bezeichnete Reich. Konnten die Nationalsozialisten den Anschluß der Sudetengebiete noch mit der Umsetzung des vom Völkerbund sanktionierten Rechts der nationalen Selbstbestimmung leidlich legitimieren, das Herausbrechen des böhmisch-mährischen Gebietes aus dem tschechoslowakischen Staatsverbund und damit dessen Auflösung ließ sich als ein zu offenkundiger Akt territorialer Expansion nicht mehr mit der Beseitigung einer — wie es Hitler nannte — „ungeheuerliche(n) Bedrohung des europäischen Friedens“ kaschierend begründen<sup>1</sup>. Dafür hatte sich das Verhältnis zwischen Prag und Berlin in der Weimarer Zeit ungeachtet bestehender Differenzen zu sehr normalisiert. Beide hier genannten Territorien erweisen sich bei sorgfältiger Analyse politischer wie ökonomischer Faktoren der NS-Außenpolitik vielmehr als integraler Bestandteil des auf lange Sicht hin projektierten Lebensraumprogramms-

---

<sup>1</sup> Erlaß des Führers und Reichskanzlers, 16. 3. 1939. Zit. n. Das Protektorat Böhmen und Mähren im deutschen Wirtschaftsraum. Bearbeitet in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bank. Frühjahr 1939, S. 7.

dessen wirtschaftspolitische Komponente seine Formulierung in der Großraumkonzeption fand. Zwischen 1930 und 1933 artikuliert, stellte die Großraumordnung die Alternative zum offenbar während der Weltwirtschaftskrise fragwürdig gewordenen liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Welthandelsprinzip dar. Dem Gedanken der Großraumwirtschaft lag bereits vor der sogenannten Machtergreifung in Kreisen außerhalb der NSDAP die Vorstellung von einem wechselseitig sich ergänzenden Gütertausch zwischen Agrar- und Rohstoffländern auf der einen und Industrienationen auf der anderen Seite zugrunde, wobei man mit Einschränkungen von einer theoretischen Vorstufe der nach 1945 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sprechen kann. Eine Vielzahl von wirtschaftlichen Interessenverbänden entwickelte nahezu gleichartige Modelle einer europäischen Verbundwirtschaft, wie sie als Pan-Europa-Idee, als Mitteleuropa-Plan oder unter der Bezeichnung Zwischeneuropa bekannt sind. Als Endziel postulierte man den aus 300 Millionen Menschen sich rekrutierenden europäischen Wirtschaftsraum, der, wie es ein Wirtschaftstheoretiker aus dem Lager der sogenannten Reformer 1932 formulierte, „gleichrangig, wenn nicht überlegen“<sup>2</sup>, neben den Hegemonialraum Amerikas, das englische Imperium, neben den sich formierenden chino-japanischen und schließlich neben den russischen Großraum treten sollte. Eine besondere Rolle spielten bei diesen Bestrebungen die Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa und der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, der unter dem Einfluß des Langnam-Vereins, des Reichverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages schwerindustrielle Interessen in Mitteleuropa vertrat und das wirtschaftliche Tor nach Südost- und Osteuropa offenhalten und verbreitern wollte. Letztlich ging es um die Schaffung „einer von Deutschland dominierten Großraumwirtschaft im mittel- und südosteuropäischen Raum“<sup>3</sup>.

Diese weitverbreitete Vorstellungen bildeten die Plattform für eine von dem nationalsozialistischen politischen Regime und der deutschen Großwirtschaft gemeinsam getragenen und verantworteten Wirtschaftspolitik, als deren Ziel die viel diskutierte und noch mehr mißverständene Autarkie postuliert wurde. Um dies klarzustellen: Die Nationalsozialisten haben unter Autarkie niemals das Ideal einer Selbstversorgung durch Selbstgenügsamkeit verstanden, etwa nach dem Motto: „Zurück zu Linnen, Roggenbrot und Uckermärker Tabak“<sup>4</sup>. Daß eine Autarkie in den überkommenen engen Reichsgrenzen eine glatte Unmöglichkeit sein mußte, darüber bestand innerhalb

<sup>2</sup> R. Friedlaender-Precht, *Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung*. Leipzig 1931, S. 134.

<sup>3</sup> R. Frommelt, *Panuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925 - 1933*. Stuttgart 1976, S. 99.

<sup>4</sup> J. Epstein, *Das Schicksal der Akkumulation in Deutschland oder der Irrsinn der Autarkie*. Leipzig 1932, S. 20.

der NSDAP kein Zweifel. Das Dritte Reich hat niemals eine wirtschaftliche Askese als Folge einer Rückzuges von den Weltmärkten propagiert, und Autarkie war niemals synonym mit „hermetische(r) Verriegelung der ... Grenzen und restlose(r) Abschließung von fremden Märkten“<sup>5</sup>. Autarkie hieß der wirtschaftliche Endzustand eines Hegemonialbereiches, der durch die Lebensraumtheorie gefordert und abgesteckt war. Autarkie im nationalsozialistischen Sinne bedeutete nichts anderes, als wirtschaftlicher Imperialismus mit dem Ziel der „Schaffung eines sich in Produktion und Konsumtion selbst genügenden Wirtschaftsgebietes, das jedoch auf so große Räume und so große Hilfsquellen gestellt“ sein mußte, „daß es allen wirtschaftlichen... Daseinsbedingungen seiner Mitglieder genügen“ konnte. Und Autarkie war schließlich gleichbedeutend mit „Markterschließung und Markteroberung, die nicht der eigenen Kraft, der Leistungsfähigkeit der heimischen Produktion, dem freien Wettbewerb vertraut(e), sondern in Erlangung bequemer Vorzugsstellungen und monopolistischer Ausschließung der Konkurrenz ihre Waffen erblickt(e)“<sup>6</sup>. Mit anderen Worten: Markterschließung und Markterweiterung sollten zunächst mit wirtschaftlichen, mit vertraglichen, also durchaus friedlichen Mitteln erfolgen. Sie boten sich aus der Perspektive des Nationalsozialismus nach Osteuropa und nach dem Balkan an, weil die dortigen rohstoffreichen Staaten und agrarischen Überschußgebiete einen idealen Versorgungsraum für die deutsche Volkswirtschaft abgaben, gleichzeitig aber auch durch ihre industrielle Unterentwicklung und fehlende Infrastruktur die erwünschte Aufnahmefähigkeit für deutsche industrielle Produkte aufwiesen. Ost- und Südosteuropa mußten auf die deutschen Bedürfnisse ausgerichtet werden, um ein gleichsam unlösbares Austauschverhältnis zu schaffen, um die betroffenen Volkswirtschaften „wirtschaftlich in notwendiger Ergänzung der deutschen und ihrer eigenen Autarkie in feste wirtschaftspolitische Beziehungen zum deutschen Staats- und Wirtschaftsraum (zu) setzen“<sup>7</sup>. Getreu der Lebensraumtheorie machte die NSDAP aber keinen Hehl daraus, daß ihr dort, wo die handelspolitische und diplomatische Karte nicht stach, „der Appell an das Schwert nicht nur (als) Notwendigkeit, sondern auch (als) Recht erschien“<sup>8</sup>.

Der nationalsozialistischen Autarkiepolitik, wie sie nach 1933 konsequent verfolgt wurde, lag ein bereits vor der „Machtübernahme“ formulierter

<sup>5</sup> E. Maurer, *Grundlagen und Zukunft der deutschen Nationalwirtschaft*. Leipzig 1932, S. 48.

<sup>6</sup> W. Gerloff, *Autarkie als wirtschaftliches Problem*. In: *Autarkie* Berlin 1932, S. 13 - 35, hier S. 13.

<sup>7</sup> So der Großraumexperte der NSDAP, W. Daitz, *Die nationalsozialistische Ostraupolitik und der Hansa-Kanal. Ein Beitrag zum nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm*. Berlin o. J., S. 10.

<sup>8</sup> A. Pfaff, *Der Wirtschafts-Aufbau im Dritten Reich*. München 1932, S. 10.

Mehrstufenplan zugrunde. Ihm zufolge war es die nächstliegende Aufgabe der Wirtschaftspolitik eines nationalsozialistischen Deutschland — wie es ein NS-Wirtschaftstheoretiker forderte —, „den vorhandenen Raum auszunützen, alle Möglichkeiten zu erschöpfen“, die sich boten, um ein Höchstmaß an Selbstversorgung mit dem Ziel zu erreichen, unabhängig von möglichen ausländischen Repressalien rüsten zu können. Auf diese Weise schuf man die Voraussetzungen, die notwendig waren, um im wechselvollen Einsatz von Diplomatie und militärischer Aktion die „Erweiterung des ... deutschen Reichsgebietes durch Wiedergewinnung geraubten Bodens“ — darunter verstand man Ostdeutschland, die sogenannte Nordmark, Eupen-Malmedy, Elsaß usw. — zu betreiben. Nach Ansicht des Verfassers einer Schrift über „Nationalwirtschaftliche Grundzüge der Gestaltung im Dritten Reich“ mußte dann der nächste Schritt in Richtung auf die „Schaffung Großdeutschlands durch Angliederung deutschbevölkerter und deutschfühlender Gebiete“ zielen, „die auch vor dem Weltkriege nicht zum Deutschen Reiche gehörten, auf die aber“ nach nationalsozialistischer Überzeugung ein „Anspruch nicht bestritten werden“ konnte<sup>9</sup>, gemeint waren Österreich, die Sudetengebiete, Böhmen, Mähren und Teile Polens. Mit diesen Territorien verbunden, sollte Deutschland „ein eherner Kern, ein zentraler Staat im Mittelpunkt Europas“ sein, der einem Mitarbeiter des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP schon vor 1933 vorschwebte<sup>10</sup>. Erst wenn es das Wirtschafts- und Rüstungspotential eines durch territorialen Zuwachs sukzessive gestärkten Deutschen Reiches erlaubte, war in einer letzten militärischen Anstrengung der Lebensraum nach Osten hin in seiner endgültigen Dimension abzustecken. Denn sich auf die überkommenen Grenzen zu beschränken, erschien den Nationalsozialisten „aus wirtschaftlichen Gründen ebenso unmöglich wie aus politischen“<sup>11</sup>.

Die hier vorgestellte Programmatik aus der Zeit vor 1933 besaß während der nationalsozialistischen Machtausübung axiomatischen Charakter. Der NS-Staat steuerte seit seinem Bestehen zielstrebig auf die Autarkie in einem erweiterten Wirtschaftsraum zu. Das Deutsche Reich sollte, so schrieb ein namhafter Autarkie-Theoretiker, „möglichst alle Güter, die die Bürger zum Leben notwendig haben, innerhalb seiner Grenzen besitzen. Und zwar sollte dabei nicht nur an den Friedenszustand gedacht, sondern auch Kriegszeiten sollten berücksichtigt werden“<sup>12</sup>. Wo beziehungsweise solange ein solches unmittelbar zu beherrschendes Territorium nicht zu schaffen war, fiel der Außenwirt-

<sup>9</sup> R. Albert, *Nationalwirtschaft. Grundzüge der Gestaltung im Dritten Reich*. Leipzig 1932, S. 18.

<sup>10</sup> Zit. n. H. Rauschnig, *Gespräche mit Hitler*. Zürich, New York 1940, S. 37.

<sup>11</sup> Albert, S. 19.

<sup>12</sup> B. Laun, *Die Autarkie als soziologisches und politisches Problem*. In: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 27. 1933/34, S. 409 - 419, hier S. 416.

schaftspolitik die Aufgabe zu, nach den Kriterien der Selbstversorgung zumindest einen genügend großen ökonomischen Hegemonialbereich abzustecken.

Bekanntlich verfolgte der Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht mit dem sogenannten Neuen Plan die Umorientierung der Handels- und Wirtschaftspolitik vom Weltmarkt nach Europa, und hier schwerpunktmäßig nach Ostmittel- und Südosteuropa, weil sich die wirtschaftliche Orientierung auf diesen Raum mit dem Wunsch nach einer blockadesicheren Rüstung verband, die aber durch ihre begrenzten materiellen und menschlichen Ressourcen bereits 1936 erstmals in eine Sackgasse zu geraten drohte. Mit dem im Sommer des Jahres verkündeten Vierjahresplan beendete Hitler die erste Phase der Großraumpolitik auf dem Wege wirtschaftspolitischer Expansion, um nun die eigentliche Aggressionsphase einzuleiten. Er wies der Wirtschaft die Aufgabe zu, 1. beschleunigt alle Maßnahmen einzuleiten, die auf ökonomischem Gebiet, das heißt im Sinne der Autarkie „für die Zukunft eine endgültige Lösung“ der wirtschaftlichen Probleme schufen, die „in einer Erweiterung des Lebensraumes beziehungsweise der Rohstoff- und Ernährungsbasis“ zu sehen war; 2. für die Übergangszeit, also bis zur Schaffung der Lebensraumerweiterung im benötigten Umfange, „eine vorübergehende Entlastung“ zu suchen<sup>13</sup>. Diese Weisung kam einer bedingungslosen Ausbeutung der deutschen Ressourcen und Produktionskraft zum Zwecke der Aufrüstung gleich. Und so bedeutete die Durchführung des Vierjahresplans nichts anderes, als eine kurzwährende übermäßige wirtschaftliche Anstrengung zur Vorbereitung militärischer Interventionen zwecks partieller Ausdehnung der ökonomischen Basis des Dritten Reiches. Diese mußte ausreichende Substanz für erneute Rüstungsinitiativen im Blick auf das Endziel des autarken Lebensraumes bieten. Die Wehrmacht gab aufgrund des Vierjahresplans die Parole aus: „Erreichen des höchstmöglichen Rüstungsstandes, wehrpolitisch und wirtschaftspolitisch“, und zwar als Vorbedingung der „Übernahme der außenpolitischen Führung in Europa durch Deutschland“<sup>14</sup>. Der Vierjahresplan entpuppte sich daher sowohl als Politik der „Flucht nach vorn“, um die schier unüberwindlich erscheinenden rüstungsökonomischen Schwierigkeiten zu beheben, wie auch als Konzentration auf den Krieg um den sogenannten Lebensraum<sup>15</sup>.

Bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des Vierjahresplans sah sich Hitler

---

<sup>13</sup> Zit. n. W. Treue, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3. 1955, S. 154 - 210, hier S. 206.

<sup>14</sup> Vorschläge des Wehrwirtschaftsstabes, 5. 9. 1936, zur Durchführung des Vierjahresplans 37/40. BA-MA Wi I F 5/1083.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die abweichende Auffassung in: *Konzept für die „Neuordnung“ der Welt. Die Krise des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg*. Berlin-O. 1977, S. 21.

vor dem Dilema, daß einerseits die deutsche Wirtschaft wider Erwarten frühzeitig an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen war, andererseits das inzwischen erreichte Rüstungsniveau militärische Operationen größeren Stils und von längerer Dauer noch nicht erlaubte. Dennoch erblickte er — wie er sich ausdrückte — „die einzige, ... vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe ... in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes“<sup>16</sup> durch eine Politik der kleinen Annexionsschritte. Ende 1937 drängten nach Ansicht namhafter Kenner des Wirtschaftsgeschehens in Deutschland die angespannten ökonomischen Verhältnisse innerhalb des deutschen Binnenwirtschaftsraumes nach dessen „Erweiterung, weil die Wirtschaftlichkeit so stark belastet war, daß die Wehrhaftigkeit und Sicherheit nicht (mehr) gefördert werden“ konnten<sup>17</sup>. So sah sich das Dritte Reich angesichts der desolaten Wirtschaftslage eher als geplant auf den Weg zur Schaffung einer europäischen Verbundwirtschaft mittels militärischer Intervention gedrängt. Das NS-Regime wurde das Opfer der rüstungswirtschaftlichen Eigendynamik, die es nicht mehr erlaubte, den Zeitpunkt einer zwar geplanten Expansion seitens der Regierung zu bestimmen. Nur noch die Richtung ließ sich festlegen, wobei es, der noch labilen rüstungswirtschaftlichen Situation entsprechend, Vorsorge dafür zu treffen galt, daß sich eine begrenzte militärische Aktion nicht zu einem unkalkulierbaren Risiko ausweitete. Eine Drosselung der hektischen Kriegsvorbereitungen, wie sie einer Reihe von Militärs vorschwebte, stand für Hitler niemals zur Diskussion.

Mit dem Einmarsch in Österreich geriet die deutsche Wirtschaft aber nur kurzfristig aus der ärgsten Bedrängnis. Zwar durfte nun „rohstoff- und devisenwirtschaftlich die erste Hälfte des Vierjahresplans (als) gesichert“ erscheinen<sup>18</sup>. Längerfristig gesehen mußte der territoriale Zuwachs aber wegen der in Österreich herrschenden Mangellage auf dem Rohstoff- und Ernährungssektor eine Belastung bilden. Erst unter großraumwirtschaftlichen Aspekten läßt sich daher die eigentliche Bedeutung der Arrondierung des Deutschen Reiches um das Territorium der Alpenrepublik ermessen, denn nunmehr ragte es „weit in den kriegsversorgungswirtschaftlich überaus bedeutsamen europäischen Südosten hinein“, wie das Statistische Reichsamt befriedigt registrierte<sup>19</sup>.

Das Signal für weitere Eroberungen war also gestellt, als deren nächstes

<sup>16</sup> *Niederschrift des Obersten Hoßbach*, 10. 11. 1937, über eine Besprechung mit Hitler in der Reichskanzlei, 5. 11. 1937. Zit. n. IMT Bd. XXV, S. 406.

<sup>17</sup> So der Kieler Wirtschaftsprofessor und Leiter des Instituts für Weltwirtschaft Predöhl. Zit. n. M. Meier, *Deutsche Außenhandelsregulierung von 1933 bis 1939*. Diss. Basel. Bergen-Enkheim 1956, S. 55.

<sup>18</sup> Bericht über eine Besprechung wirtschaftlicher Fragen im Vierjahresplan, 19. 5. 1938. BA R 26 IV/4.

<sup>19</sup> Studie des Statistischen Reichsamts. BA R 24/17.

Opfer die Tschechoslowakei bereits feststand. Nachdem Hitler ursprünglich die „Bereinigung der tschechischen Frage“ hatte zurückstellen wollen, „um erst Österreich verdauen“ zu können, wie er gegenüber General Jodl versicherte, ließ er im April 1938 — unter Nutzung des aus dem Anschluß Österreichs unmittelbar wirksamen rüstungswirtschaftlichen Zuwachses — die Vorbereitungen für die Zerschlagung der Tschechoslowakei anlaufen<sup>20</sup>. Aus großraumwirtschaftlichen Überlegungen heraus mußte klar sein, daß sich das Dritte Reich „nicht mit den sudetendeutschen Gebieten begnügen“ würde. „Der nächste Schritt“, so erklärte Hitler Ende 1939 rückblickend seinen Oberbefehlshabern, „war Böhmen, Mähren und Polen“. Doch ließ sich dieses Vorhaben aus politischen Rücksichten wie insbesondere aus ökonomischen Erwägungen heraus nur in bestimmten zeitlichen Abständen — wie Hitler bekannte —, „nicht in einem Zuge“ realisieren<sup>21</sup>. Denn der Bau des Westwalles und die Verwirklichung des in seiner Grundkonzeption von der IG-Farbenindustrie stammenden Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplanes vom Juli 1938, der das Rüstungstempo über die Normen des Vierjahresplans hinaus noch einmal forcierte, beanspruchten die wirtschaftlichen Ressourcen in einer Weise, die nur begrenzte militärische Aktionen und damit territoriale Teillösungen erlaubte.

Allein zur militärischen Absicherung der Verhandlungen um die Lösung der Sudetengebiete aus dem tschechoslowakischen Staatsverband mußte nach Görings Erklärung „bewußt mit den Devisenbeständen Raubbau getrieben und der Export vernachlässigt“ werden<sup>22</sup>, wollte man den eigenen Forderungen den notwendigen Nachdruck durch die Drohung notfalls kriegerischer Schritte verleihen. Dennoch erweckte dieses von den Zwängen der rüstungswirtschaftlichen Dynamik diktierte, auf die Sicherstellung des „großen Bedarf(s) für den Fall des Krieges“ ausgerichtete Expansionsstreben bei den Militärs noch „gewisse Bedenken“. Sahen sie doch in einer solchen Politik die Gefahr einer Konflikteskalation verborgen, auf die das Dritte Reich wirtschaftlich noch unzureichend vorbereitet war. In Kreisen der Wehrmacht galt — so der General Thomas — „der Gedanke der Großraumwirtschaft vielleicht (als) ein Gegenstand des Strebens“ in weiterer Zukunft, machte jedenfalls eine umfänglichere Rüstung notwendig<sup>23</sup>.

Solche Vorbehalte gegenüber der Expansionspolitik zum gegebenen Zeitpunkt übten aber auf den Ablauf des Gesamt- und speziell rüstungs-

<sup>20</sup> Eintragung im Jodl-Tagebuch. Zit. n. IMT Bd. XXVIII, S. 372.

<sup>21</sup> H. A. Jacobsen, 1939 - 1945. *Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*. Darmstadt 1961<sup>5</sup>, S. 134.

<sup>22</sup> Aufzeichnung über Ausführungen Görings, 14. 10. 1938, vor dem Generalrat des Vierjahresplans. BA R 26 VI/5.

<sup>23</sup> Vortrag des Chefs der Amtsgruppe Wehrwirtschaft im OKW, Thomas, 21. 6. 1938, vor Mitarbeitern der Reichsbank. BA-MA Wi I P 5/153.

ökonomischen sowie politisch-militärischen Geschehens keinerlei Einfluß mehr aus. In Kreisen der Großwirtschaft wurde im Frühjahr 1938 das Sudetengebiet bereits öffentlich gehandelt, nachdem Einflußnahmen auf Unternehmungen in den Sudetengebieten von Regierungsseite als „durchaus erwünscht“ bezeichnet worden waren<sup>24</sup>. Namhafte Banken wie Firmen versuchten im Kontakt mit Partei- und Regierungsstellen durch gezielte Beteiligungen an Unternehmen und durch den Auf- und Ausbau ihrer Geschäftsbeziehungen und Niederlassungen das wirtschaftliche Tor zum Osten weiter aufzustoßen.

Die allgemeine ökonomische Krise in Deutschland zwang zur optimalen wirtschaftlichen Ausschöpfung des besetzten Territoriums. Zivile und militärische Institutionen wie privatwirtschaftliche Einrichtungen hatten die sogenannte politische Spannungszeit zwischen der Einvernahme Österreichs und dem Abschluß des Münchener Abkommens genutzt, um, gestützt auf die Hilfe des Wirtschaftsstabes Henlein, die wirtschaftliche Inbesitznahme des Sudetenlandes durch Erkundung der wirtschaftlichen Verhältnisse vorzubereiten<sup>25</sup>. Mit Anordnung vom 1. Oktober 1938, die das zu besetzende Sudeten-Territorium zum Operationsgebiet des Heeres erklärte, wurden vier Sonderbeauftragte des Generalvollmachtigten für die Wirtschaft (diese Funktion nahm der Reichswirtschaftsminister in Personalunion wahr) den bei den vier Heeresgruppenkommandos installierten Zivilchefs unterstellt<sup>26</sup>. Ihre Aufgabe bestand darin, möglichst rasch und möglichst umfangreich Erhebungen über die Betriebe anzustellen, die für die Ausführung öffentlicher Aufträge in Betracht kamen, sowie deren maschinelle Ausstattung und Lieferbereitschaft zu erkunden. Des weiteren sollten sie sich einen Überblick über die Rohstoffversorgung der für die Übernahme öffentlicher Aufträge in Betracht kommenden Firmen verschaffen und ihre Erkenntnisse an die zentralen Beschaffungsstellen weiterleiten<sup>27</sup>.

Über den Kommunikationsapparat der sudetendeutschen industriellen Vereinigungen gelang es der Wehrmacht, wie später übrigens auch in Böhmen-Mähren, sofort nach dem Einmarsch Rüstungsaufträge zu vergeben, um Rohstoffe und Produktionskapazitäten zu nutzen, ehe zivile Behörden über diese verfügten. Zur Wahrnehmung der Interessen des Militärs wurde die

<sup>24</sup> Bericht des stellvertretenden Vorstandsmitglieds der IG-Farbenindustrie, Haeflinger, 6. 4. 1938, über ein Gespräch mit Staatssekretär Keppeler vom Ausw. Amt. Zit. in: *Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges*. Berlin 1969, S. 175.

<sup>25</sup> Vgl. z. B. die Studie der Dresdner Bank, *Volk und Wirtschaft im Sudetenland. Eine volkswirtschaftliche Studie*. Berlin 1938.

<sup>26</sup> Besondere Anordnungen des OKW zum Befehl für die Besetzung der von der Tschechoslowakei abgetrennten Gebietsabschnitte, 1. 10. 1938. BA-MA LKW 29/2.

<sup>27</sup> Verordnung des Reichswirtschaftsministers, 1. 10. 1938. BA-MA Wi I F 3/169.



okkupierte Zone sogleich den auf Reichsterritorium befindlichen benachbarten Wehrwirtschaftsinspektionen unterstellt. Doch konnte es sich bezüglich des Sudetengaus wie später gegenüber dem Protektorat nicht um eine „Ausnutzung besetzter Gebiete“ handeln, als vielmehr um die „wehrwirtschaftliche Aktivierung neuer Landesteile“, wie es ein Wehrwirtschaftsoffizier formulierte<sup>28</sup>, also um die Ausrichtung der Wirtschaft nach den im Altreich geltenden rüstungsökonomischen Prioritäten. Es galt demzufolge, die unmittelbaren Bedürfnisse der Wehrmacht in Einklang zu bringen mit dem Wunsch nach einer möglichst raschen Eingliederung der annektierten Gebiete in den gesamtdeutschen Wirtschaftsprozeß zwecks Entlastung der angespannten Wirtschaftslage. Deshalb übernahm es ein ziviler Beamter, „alle Maßnahmen zur schnellen wirtschaftlichen Eingliederung des Sudetensandes in das Reichsgebiet in die Wege zu leiten und alle Arbeiten des (Wirtschafts-) Ministeriums auf diesem Gebiet zu koordinieren“<sup>29</sup>. Zunächst mußte alles getan werden, um einen unregelmäßigen Abfluß von Halbfertigwaren und Rohstoffen nach Deutschland zu verhindern, die dort die ohnehin bereits um 12% überlasteten Produktionskapazitäten über Gebühr strapaziert hätten. Statt dessen betrieb man den planmäßigen Einsatz der sudetendeutschen Wirtschaft für die Aufrüstung, was am ehesten im Rahmen des Vierjahresplans gewährleistet schien, in den sie dann auch im Laufe des Oktober 1938 eingebunden wurde.

Macht man eine Bestandsaufnahme zur Ermittlung der ökonomischen Bedeutung des sudetendeutschen Gebietes für die sogenannte deutsche Wehrwirtschaft (darunter versteht man die seit 1933 gültige, an den rüstungswirtschaftlichen Forderungen ausgerichtete Wirtschaftsordnung und -form des Dritten Reiches), dann gelangt man, unter Berücksichtigung der in Frage kommenden 143 Gerichtsbezirke, zu folgendem Ergebnis:

1. Das hinzugewonnene Territorium betrug rund 22% des tschechoslowakischen Staatsgebietes und bedeutete für Deutschland einschließlich Österreich einen Zuwachs von rund 6,2%.

2. Das Deutsche Reich hatte einen Bevölkerungszuwachs von 3,72 Millionen zu verzeichnen, das kam einer Steigerung von 5,5% gleich und einem Bevölkerungsverlust der Tschechoslowakei von 24%.

3. Berechnet man Gewinn und Verlust auf den Sektoren Landwirtschaft und Ernährung nach Anbauflächen, dann ergibt sich folgendes Bild:<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> Erfahrungsbericht des Wehrwirtschaftsoffiziers Nagel über die Einmärsche 1938/39. BA-MA Wi I F 5/154.

<sup>29</sup> H. Kehl, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden — 6 Jahre Krieg. Erinnerungen*. Düsseldorf 1973, S. 133.

<sup>30</sup> Expertise des OKW, 10. 10. 1938, über die wehrwirtschaftliche Bedeutung des sudetendeutschen Gebietes. BA-MA Wi I F 3/169.

	Gewinn Deutschland	Verlust Tschechoslowakei
Brot- und Futtergetreide	6,9%	22,0%
Haekfrüchte	7,0%	19,2%
Forsten	8,3%	22,4%
Schweine (schwankt stark)	1,2%	20,9%
Rindvieh	2,8%	28,0%

Dieser Zuwachs wurde relativiert durch den Anstieg der Bevölkerung um 5,5%. Die ernährungswirtschaftliche Bilanz erbrachte unter Berücksichtigung dieses Faktors eine gleichbleibende Versorgungslage im jetzigen Großdeutschen Reich gegenüber dem früheren Altreich bei Brot- und Futtergetreide. Der im Sudetengebiet im Vergleich mit dem Altreich gemessen an der Gesamtfläche geringere Bevölkerungsanteil wurde durch niedrigere Hektarerträge ausgeglichen. Insbesondere bei Fleisch und Fett erwies sich das annektierte Territorium als zusehbedürftig, auf Sektoren, auf denen im Altreich selbst ein Mangel von 30 bis 50% herrschte.

4. Die industrielle Gesamtsituation stellt sich wie folgt dar:

Gewinn und Verlust aufgrund der Beschäftigungszahlen<sup>31</sup>

	Gewinn Deutschland	Verlust ČSR
1. Bergbau	9,4%	38,3%
2. Industrie d. Steine u. Erden	18,5%	39,3%
3. Glasindustrie	65,2%	60,4%
4. Metallindustrie	5,0%	23,9%
5. Chemische Industrie	5,4%	33,5%
6. Textilindustrie	26,2%	62,3%
7. Lederindustrie	5,7%	29,7%
8. Kautschuk- u. Asbestindustrie	2,8%	25,5%
9. Holzindustrie	9,0%	30,4%
10. Nahrungs-, Genußmittel- und Getränkeindustrie	4,8%	29,3%
11. Bekleidungs- und Schuhindustrie	6,9%	25,8%
12. Baugewerbe	8,7%	30,2%
13. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsge- winning	4,8%	36,5%

Die Sudetengebiete waren also in hohem Maße industrialisiert. Ein Vergleich des Zuwachses an Bevölkerung mit dem Zuwachs an Beschäftigten ergibt einen verhältnismäßig gleichen Gewinn bei folgenden Gewerbe- und Industriezweigen: Me-

<sup>31</sup> Ebenda

tallindustrie, Chemische Industrie, Leder-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Bekleidungs- und Schuhindustrie, Gas-, Wasser- und Elektrizitätserzeugung. Bei der Kautschuk- und Asbestindustrie war der Zuwachs an Beschäftigten verhältnismäßig niedriger als der an Bevölkerung. Bei folgenden Erzeugergruppen überstieg der Zuwachs an Beschäftigten den der Bevölkerung: Bergbau, Steine/Erden, Holz- und Baugewerbe. Bei der Textilindustrie trat ein Zuwachs ein, der das fünffache des Zuschlags an Bevölkerung ausmachte, bei der Glasindustrie immerhin das zwölfwache.

Die Reichsbehörden erblickten ihre vornehmlichste Aufgabe zunächst darin, mit möglichster Beschleunigung und in großem Umfang Auftragsverlagerungen zur Entlastung der Industrie des Altreiches auf Unternehmen in den sudetendeutschen Gebieten vorzunehmen. Die hier stark ausgeprägte Textilindustrie mußte insbesondere zur Herstellung von Uniformtuchen für die Wehrmacht herangezogen werden. Die in deutsche Hand gefallenen Industriezweige mit zum Teil ungenügend ausgenutzten Kapazitäten boten in Verbindung mit einer hohen Arbeitslosenzahl zumindest auf den ersten Blick günstige Voraussetzungen für ihre Dienstbarmachung im Sinne der Rüstungswirtschaft. So schätzten denn auch die Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik die Menschen, die das Sudetenland ins Deutsche Reich einbrachte, als „das kostbarste Gut“ ein, „welches das Land zu bieten hat(te)“, und dies um so mehr, als Arbeitskräfte zu den größten Mangelerscheinungen der deutschen Rüstungswirtschaft zählten<sup>32</sup>. Hier waren aber in erster Linie Facharbeiter gefragt, wohingegen die werktätige Bevölkerung des Sudetenlandes weitgehend aus ungelerten Industriearbeitern bestand.

5. Das neue Reichsgebiet wies auf gewissen Rohstoffsektoren hohe Überschüsse auf. Eine wesentliche Verbesserung trat bei der Holzversorgung ein, nachdem die erhöhte Nachfrage nach Hölzern zur Fasergewinnung im Bereich der Textil- und Papierindustrie sowie zur Holzvergasung bei Kraftfahrzeugen zu einer derartigen Erhöhung des Holzschlages in Deutschland geführt hatte, die in absehbarer Zukunft forstwirtschaftlich nahezu irreparable Folgen zeitigen mußte. Das Sudetengebiet besaß ferner reiche, rüstungswirtschaftlich nutzbare Lagerstätten an Wolfram und Uranerzen, über die Deutschland bisher nicht verfügte. Hinzu kamen hochwertige Braunkohlelager, die, soweit sie sich nicht in sudetendeutschem Besitz befanden, in staatliches Eigentum übergingen. Von Qualität und Umfang her erlaubten sie den Aufbau leistungsfähiger Produktionsanlagen für die Herstellung von Hydrierkraftstoffen und Buna, ferner eine Expansion der chemischen Industrie sowie der Energiewirtschaft. Am 15. Oktober 1938 legte die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau einen entsprechenden Plan für Sudetendeutschland, insbesondere für den Bereich Nordwest-Böhmen und Egerland vor, der in seinen Produktionsnormen über

<sup>32</sup> *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 149. 1939, S. 541.

den bereits erwähnten „Neuen Wehrwirtschaftlichen Erzeugungsplan“ vom 12. Juli 1938 wesentlich hinausging<sup>33</sup>.

Dennoch bedeutete die Angliederung des Sudetengauses insgesamt keinen vornehmlich rüstungswirtschaftlichen Zuwachs, und zwar aufgrund der strukturellen Verhältnisse. Denn einmal fehlte es vollkommen an direkten Rüstungsbetrieben. Zum anderen war die Industrie des Sudetengebietes weitgehend konsum- und gebrauchsgüterorientiert, so daß es erheblicher Investitionen bedurfte, um sie rüstungswirtschaftlich produktiv werden zu lassen. Mehr noch: das Reich mußte in großem Umfang durch Subventionen und nicht rüstungsrelevante Aufträge die Phase der wirtschaftlichen Umstellung überbrücken helfen und darüberhinaus noch einen gewissen Ausgleich für die Exportverluste schaffen, die die Sudetenwirtschaft aufgrund ausländischer Boykottmaßnahmen als Reaktion auf die deutsche Expansionspolitik zu verzeichnen hatte. Da die Wirtschaft des Sudetenlandes insgesamt durch ihre hohe Rohstoffabhängigkeit charakterisiert war und erheblicher Zufuhren bedurfte, bedeutete ein Exportrückgang letztlich eine Belastung der ohnehin schwachen deutschen Devisenbilanz und eine Gefährdung der Rohstoff- und vor allem der Nahrungs- und Futtermittelversorgung. Da die Lebenshaltung der Bevölkerung weit unter dem Niveau in Deutschland lag, waren die an die Vereinigung mit dem Reich geknüpften ökonomischen Erwartungen hoch, die das NS-Regime aus politisch-psychologischen Erwägungen heraus nicht enttäuschen durfte. Deshalb zog der territoriale Zuwachs, wie das OKW enttäuscht vermerkte, zumindest „für den Augenblick... eine Verschlechterung der gesamtdeutschen wehrwirtschaftlichen Lage“ nach sich<sup>34</sup>. Obgleich Göring verlangt hatte, „das Sudetenland müsse mit allen Mitteln ausgenützt werden“, ließ sich hinsichtlich der rüstungsökonomischen Mobilmachung insgesamt kein nennenswerter Fortschritt erzielen. Wie der Beauftragte für den Vierjahresplan mit entwaffnender Offenheit zugab, stand man in Deutschland in der zweiten Hälfte 1938 „vor ungeahnten Schwierigkeiten. Die Kassen seien leer, die fabrikatorischen Kapazitäten für Jahre hinaus mit Aufträgen vollgepropft“<sup>35</sup>.

Der ökonomische Zuwachs um das Sudetengebiet beruhte also nicht in der unmittelbar nach der Annexion wirksam werdenden wirtschaftlichen Kraft. Vielmehr bestand nach Ansicht des Oberkommandos der Wehrmacht ökonomisch gesehen der Annexionsgewinn ganz allgemein in der „Vergrößerung

<sup>33</sup> Reichsstelle für Wirtschaftsausbau: Ausbauplan Sudetenland (Bereich Nordwest-Böhmen und Egerland) für Mineralöl, Buna, Chemie einschließlich Vorprodukte und Energie, 15. 10. 1938. BA-MA Wi I F 3/180.

<sup>34</sup> Bericht des OKW, 1. 11. 1938, über den Stand der wirtschaftlichen Lage. BA-MA Wi I F 5/543.

<sup>35</sup> Protokoll einer Konferenz bei Göring, 14. 10. 1938. Zit. n. IMT Bd. XXVII, S. 163.

des Großdeutschen Wirtschaftsraumes", wobei „die nunmehrige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Rest-Tschechoslowakei vom Reich" nicht zu übersehen und unterzubewerten war<sup>36</sup>.

Die wichtigsten Industriezweige des angegliederten Sudetengebietes an das Deutsche Reich im Jahre 1939<sup>37</sup>

Industriezweig	Zahl der beschäftigten Personen	Von der gesamten Beschäftigungszahl der Tschechoslowakei fielen an Deutschland in %
Bergbau	45 411	37,5
Eisen-, Stahl- und Metallwaren	48 286	33,0
Maschinenbau	26 485	19,8
Elektrotechn. Industrie	10 582	23,7
Chemische Industrie	13 106	32,3
Textilindustrie	207 400	57,6
Glasindustrie	41 304	65,0

Durch die Abtretung des Sudetengebietes verlor die Münchener Tschechoslowakei wichtige Wirtschaftszweige und Rohstoffressourcen, da in dem annektierten Gebiet der Industrialisierungsgrad höher als im Durchschnitt der ČSR, sogar höher als in Deutschland und in Großbritannien lag. So waren im Sudetengebiet 51% der Erwerbstätigen im Bergbau und in der Industrie tätig, in der Rest-Tschechoslowakei nur 33%, in Deutschland 40,7% und in Großbritannien 46%<sup>38</sup>. Im einzelnen verlor der tschechoslowakische Staat durch die Abtrennung der Sudetengebiete 69,6% der Glas-, 40% der chemischen, 89,9% der keramischen, 98% der Porzellan-, 60,5% der Zellulose-, 68% der Papier- und 53,8% der Holzindustrie. Insgesamt mußte Prag auf 2.317 Industrieunternehmen, davon allein 443 der Textilbranche, verzichten, während es lediglich noch im Besitz von 3% der ursprünglichen Braunkohle- und 45% der Steinkohleförderung verblieb.

Wie man in deutschen Wirtschaftskreisen öffentlich zugab, bedeutete „der Anschluß des Sudetengebietes an das Reich ... für den verbleibenden Reststaat, dessen wirtschaftliche Kernländer Böhmen und Mähren waren, einen schweren wirtschaftlichen Schlag"<sup>39</sup>. So zeigte sich die Wirtschaft der

<sup>36</sup> Expertise des OKW, 1. 11. 1938. BA-MA W 01-9/47.

<sup>37</sup> Tabelle aus: H. Barthel, *Zur Politik der rüstungswirtschaftlichen Führungsorgane des deutschen Finanz- und Rüstungskapitals beim Aufbau der faschistischen Wehr- und Kriegswirtschaft in den Jahren 1933 bis 1939*. Diss. masch. Leipzig 1963, S. 104.

<sup>38</sup> Vgl. R. Polzer, *Die Sudetendeutsche Wirtschaft in der Tschechoslowakei*. Kitzingen/Main o.J., S. 12.

<sup>39</sup> *Wirtschaftsraum Böhmen und Mähren. Die wirtschaftliche Bedeutung des Reichsprotectorats*. In: *Badische Wirtschafts-Zeitung* Jg. 19, 2. 5. 1939, Nr. 6.

Rumpf-Tschechoslowakei beispielsweise auf Kohlelieferungen Deutschlands und Polens ebenso angewiesen wie auf die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Austausches mit den Sudetengebieten. Prag sah sich demzufolge möglichen Pressionsversuchen aufgrund dieser Abhängigkeiten ausgesetzt. In nüchterner Erkenntnis der zugunsten Deutschlands veränderten politisch-ökonomischen Konstellationen gab sich die tschechoslowakische Regierung keinen Illusionen über ihre wirtschaftspolitische Manövrierfähigkeit hin. Unter dem Zwang der Verhältnisse mußte sie die wirtschaftliche Annäherung an den ungeliebten Nachbarn suchen. Sie konnte sich bei diesem Vorhaben auf die Zustimmung der heimischen Industrie stützen. Und so erklärte der tschechoslowakische Außenminister Chvalkovsky gegenüber seinem deutschen Kollegen von Ribbentrop (13.10.1938), „daß die Tschechoslowakei ... auf wirtschaftlichem Gebiet völlig in das deutsche System sich eingliedern wolle ... Er könne mitteilen, daß die tschechoslowakischen Wirtschaftskreise einem Zusammengehen mit Deutschland sehr positiv gegenüberständen“<sup>40</sup>.

Auch von deutscher Seite wurden Regelungen angestrebt, die die bisherige wirtschaftliche Kommunikation zwischen den Sudetengebieten und der Rest-Tschechoslowakei nicht abrupt unterbrechen, und zwar im Sinne einer ungestörten Aufrechterhaltung der Produktion in dem annektierten Territorium wie im Blick auf rüstungsrelevante Importe in das Reich. Nachdem die deutsche Regierung die zollfreie Einfuhr tschechoslowakischer Waren nach dem Sudetenland zugelassen hatte, fertigte auch die tschechoslowakische Ende 1938 Importe sudetendeutschen Ursprungs zollfrei ab.

Gegen Ende des Jahres 1938 glaubten führende politische Kreise in Deutschland und auch im Ausland an einen fortschreitenden Normalisierungsprozeß im Verhältnis Berlins zu Prag. Allzu deutlich sichtbar waren die Zeichen der rüstungswirtschaftlich bedingten ökonomischen Krise des Dritten Reiches, als daß man neue aggressive Akte in naher Zukunft befürchtet hätte. Vielmehr sprach einiges für die Notwendigkeit einer Phase der wirtschaftlichen Konsolidierung Deutschlands. Selbst der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, v. Weizsäcker, hielt „München“ für „Anfang und Ende zugleich“, und er gab der Hoffnung Ausdruck, „daß im Laufe der Zeit gewisse finanzielle und wirtschaftliche Umstände ... zu einer Drosselung unseres Rüstungstempos führen könnten“<sup>41</sup>. In den laufenden deutsch-britischen Wirtschaftsverhandlungen glaubten die Engländer ihren Gesprächspartnern keine Zugeständnisse machen zu sollen, weil solche „in Wirklichkeit nur dazu dienen würden,

<sup>40</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt über die besagte Unterredung. Zit. n. *Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten*, Bd. I: *Der Weg zum Kriege 1938 - 1939*. Freiburg, München 1954<sup>2</sup>, S. 292 - 295, hier S. 295.

<sup>41</sup> Schreiben des Staatssekretärs Weizsäcker, *Ausw. Amt*, 3. 11. 1938, an den deutschen Botschafter in Rom, von Mackensen. *Ebd.*, S. 281 - 282, hier S. 282.

ihre Rüstungsposition zu stärken"<sup>42</sup>. Auch der englische Militärattaché in Berlin äußerte sich ähnlich, und selbst der britische Handelsminister hielt noch Anfang März 1939 in einer Unterredung mit dem polnischen Botschafter die deutsche Wirtschaftskrise in völliger Verkennung der Hitlerschen Ambitionen und Reaktionen auf die rüstungsökonomischen Engpässe für die beste Friedensgarantie<sup>43</sup>.

Die Zertrümmerung auch des Westteiles des tschechoslowakischen Staates war aber von Hitler langfristig vorprogrammiert, und zwar erschien sie aus großraumwirtschaftlichen Überlegungen heraus notwendig, wie aus derzeitigen rüstungswirtschaftlichen Erwägungen unaufschiebbar. Während im Verständnis führender Militärs und Diplomaten rüstungswirtschaftliche Anstrengungen zunächst einmal ein retardierendes Moment in den Expansionsbestrebungen sein mußte, gingen die Überlegungen Hitlers und seiner Paladine in eine völlig andere Richtung. Gerade die ökonomischen Schwierigkeiten bewogen den „Führer“, den vorhandenen Rüstungsvorsprung vor den potentiellen Feindmächten zu nutzen, um den Rahmen des Deutschen Reiches weiterzustecken. Der Anschluß der Sudetengebiete sollte sich so recht erst unter dem Aspekt der weiteren Ausdehnung der territorial-machtpolitischen und damit zugleich auf ökonomischen Sphäre Deutschlands auszahlen. Denn darüber hatte nach Aussage Görings in NS-Führungskreisen kein Zweifel bestanden, daß „die friedliche Befreiung Sudetendeutschlands und seine Angliederung an das Reich ... nur eines der auf dem Lebenswege unseres Volkes liegenden Ziele“ darstellen konnte<sup>44</sup>. Die Nationalsozialisten betrachteten die Eingliederung als einen gewichtigen Schritt zur Bildung eines Ostmittel- und Südosteuropa umfassenden wirtschaftlichen und damit auch politischen Hegemonialraumes.

Hitlers am 21. Oktober 1938 ausgegebener Befehl zur „Erledigung der Rest-Tschechei“ versteht sich nach dem bisher Gesagten sowohl vor dem Hintergrund der Großraumpolitik wie als Ausflucht aus einer spezifischen rüstungsökonomischen Konstellation des Dritten Reiches. Diese steckte den zeitlichen Rahmen, innerhalb dessen die Forderung erhoben wurde, die bislang noch in staatlicher Unabhängigkeit belassenen tschechoslowakischen Gebiete der Kontrolle des deutschen Reiches zu unterstellen. Anfang 1939 nutzte Hitler die Gelegenheit, einen relativ weitgefaßten Kreis deutscher Führungseliten von der Notwendigkeit der schrittweisen Realisierung des nationalsozialistischen Lebensraumprogramms zu überzeugen. In einer auffälligen Häufung von Reden stellte er immer wieder das seiner Ansicht nach zentrale Pro-

<sup>42</sup> Bemerkungen des Finanzberaters der britischen Botschaft in Berlin, 27. 2. 1939 zu den deutsch-britischen Wirtschaftsverhandlungen. Ebd., S. 379 - 380, hier S. 380.

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Brief Görings, 15. 10. 1938, an die obersten Reichsbehörden. BA-MA Wi I F 5/560.

blem des deutschen Volkes heraus, nämlich „sich der Quellen zu versichern, von denen die Rohmaterialien, (die) so notwendig für seine Wohlfahrt (seien), erlangt werden könnten“. Mache man sich diese Auffassung unter dem momentanen Problem der Aufrüstung wie unter dem der langfristigen Zielsetzung der Selbstversorgung innerhalb des zu erweiternden Lebensraumes zu eigen, „werde Prag benötigt als Ausgangsort für den Gewinn dieser Rohstoffmaterialien“, weshalb er Befehl gegeben habe, „innerhalb etlicher Tage, nicht später als am 15. März, die Tschechoslowakei militärisch zu besetzen“<sup>45</sup>.

Zwei Tage vor diesem entscheidenden Datum machte Hitler dem slowakischen Ministerpräsidenten Tiso deutlich, worum es ihm bei der sogenannten Lösung der tschechoslowakischen Frage ging, nämlich um die Arrondierung des deutschen Staatsgebietes, und zwar insbesondere aus ökonomischen Motiven. Der „Führer“ erläuterte seinem Gesprächspartner, „Mitteleuropa sei ein bestimmter, geschlossener Wirtschaftsraum, der nur leben könne, wenn er völlig befriedet sei“<sup>46</sup>. In der über das Schicksal der Rest-Tschechoslowakei in der Nacht vom 14. zum 15. März 1939 entscheidenden Unterredung zwischen Hitler, dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hacha und dem Prager Außenminister Chvalkovsky wiederholte der deutsche Regierungschef seine wirtschaftspolitischen Absichten. Auf eine entsprechende Frage Hachas bestätigte er, daß das tschechische Gebiet zukünftig „an dem großen Deutschen Wirtschaftsraum teilhaben würde. Er wolle die tschechische Wirtschaft nicht vernichten, sondern ungeheuer beleben“. Generalfeldmarschall Göring konkretisierte als Beauftragter für den Vierjahresplan Hitlers Ausführungen, indem er verdeutlichte, nach der Auflösung des tschechoslowakischen Staates seien „Deutschland und die Tschechei ... ein Wirtschaftsraum“<sup>47</sup>.

Mit dem Einmarsch in die zum Protektorat Böhmen-Mähren proklamierten Territorien der Rest-Tschechoslowakei war eine unmittelbare Verbesserung der deutschen Rüstungslage verbunden. Nach Auffassung führender Militärs ergab sich aus der Bewaffnung der tschechoslowakischen Armee nach der Sicherstellung ihres Kriegsmaterials „ein ungeheurer Kraftzuwachs“<sup>48</sup>. Den großen Wert, den die Nationalsozialisten der Ausbeutung Böhmens und Mährens zum Zwecke der Aufrüstung beimaßen, verriet die mindestens drei

<sup>45</sup> Aus Berichten des Staatssekretärs Keppler und des Generaldirektors Vogl über eine Rede Hitlers, 8. 3. 1939, vor Vertretern der Wirtschaft, der Partei und der Generallität. Zit. n. *Anatomie des Krieges*, S. 204 - 205.

<sup>46</sup> Äußerung Hitlers, 13. 3. 1939, gegenüber Tiso. Zit. n. *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945*, Serie D (1937 - 1945), Bd. IV, S. 212 - 214, hier S. 212.

<sup>47</sup> Ebd., S. 229 - 234, hier S. 234.

<sup>48</sup> E. Wagner (Hrsg.), *Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner*. München, Wien 1963, S. 82.



Monate vor der Invasion generalstabsmäßig geplante Beschlagnahme von Waffen und militärischem Gerät, sowie Übernahme der Kontrolle über die Rüstungsbetriebe. Die militärische Wehrwirtschaftsorganisation spielte erstmals ihr Konzept zur Sicherstellung der deutschen rüstungsökonomischen Interessen in besetztem Gebiet durch. Die hier gesammelten Erfahrungen erhielten paradigmatische Bedeutung für das Vorgehen bei späteren Okkupationen.

Darüberhinaus hatten wirtschaftliche Unternehmungen wie im Falle des Sudetenlandes, so auch bezüglich des späteren Protektorats, Expertisen über die ökonomische Situation Böhmen-Mährens erstellt<sup>49</sup>.

Die Wehrmacht inspizierte in Kürze alle Rüstungsbetriebe und verschaffte sich dieser Art einen schnellen Überblick über die erzeugten Waren und über die Produktionskapazitäten. „Zur raschen Ausnutzung der Tschechei für die Aufrüstung der Wehrmacht“ wurde die Einrichtung einer Wehrwirtschaftsinspektion in Prag verfügt, die „eine vorläufige Verteilung der vorhandenen tschechischen Rüstungsbetriebe auf die Wehrmachtteile vorzunehmen, ferner sonst noch geeignete Betriebe zu erkunden“ hatte, damit entsprechende Aufträge schnell vergeben werden konnten<sup>50</sup>. Noch am 15. März übernahm die Wehrmacht die Überwachung der Kriegsgeräteproduktion der Firma Škoda-Pilsen und der Brünnener-Waffenwerke A. G. zu dem Zweck, „sofort den Handel mit Kriegsgerät mit dem Ausland zu erfassen und zu kontrollieren“<sup>51</sup>. Bereits am 18. März gestattete der Reichswirtschaftsminister der Wehrmacht, Rüstungsbetrieben des Protektorats Aufträge zur Herstellung und Lieferung von Waffen, Munition und Kriegsgerät zu erteilen<sup>52</sup>.

Die parallel zum militärischen Vorgehen verlaufende Inbesitznahme rüstungswichtiger Unternehmen und die Konfiskation vorgefundener Waren und Rohstoffe funktionierten derart perfekt, daß bereits während der Aggression Transporte mit erheblichen Mengen militärischen Beutegutes nach Deutschland abgingen, die die Wehrmacht im Falle unerwartet auftretender internationaler Verwicklungen dringend benötigt hätte. Deshalb konnte nach dem Zeugnis des Generalquartiermeisters des Heeres „der Führer ... nicht frühgenug einen Überblick über das Kriegsmaterial bekommen und drängt(e)

---

<sup>49</sup> Vgl. die Broschüre der Deutschen Bank, Das Protektorat Böhmen und Mähren im deutschen Wirtschaftsraum; den Wirtschaftsbericht Tschechoslowakei der Volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farbenindustrie. BA-MA RW 19 Anhang I/996; die Ausarbeitung derselben Firma über Die Wirtschaftsgebiete des Protektorates Böhmen und Mähren und der Slowakei. BA-MA RW 19 Anhang I/994; die Studie von Heinrich Hellmer, Gedanken zu: „Was bedeutet die Schaffung des Protektorates Böhmen-Mähren?“. BA-MA Wi I F 3/117.

<sup>50</sup> Befehl des OKW, 5. 3. 1939. BA-MA Wi I F 3/207.

<sup>51</sup> Befehl des OKW, 15. 3. 1939. Ebd.

<sup>52</sup> Schreiben des Reichswirtschaftsministers, 18. 3. 1939. Ebd.

dauernd" auf seine genaue Erfassung<sup>53</sup>. Schließlich reichten die Armee-Bestände zur Ausrüstung von 20 Divisionen, anderes Kriegsgerät im Werte von 77 Mio RM nicht eingerechnet, wobei im einzelnen in deutsche Hände fielen<sup>54</sup>:

	Nach Angaben Hitlers	Nach tschechoslow. Quelle
Flugzeuge	1.582	1.231 (dazu Material f. weitere 240 Flugzeuge)
Flakgeschütze	501	
Panzerabwehrkanonen		1.966
Feldartilleriegeschütze	2.175	2.253
Minenwerfer	785	
Panzer	469	810
Maschinengewehre	43.876	57.000
Gewehre	1.090.000	630.000
Pistolen	114.000	
Infanteriemunition	üb. 1 Mrd.	
Artillerie- und Gasmunition	üb. 3 Mio.	

Neben der Konfiskation des vorgefundenen Kriegsmaterials verlief die Sicherung wirtschaftlicher Einrichtungen von militärischer Bedeutung, beispielsweise der Elektrizitäts- und Gaswerke, zwecks Aufrechterhaltung der Produktion aber auch zum Schutz vor Sabotageakten. Gleichzeitig fielen über zweihunderttausend technische Zeichnungen und Patente in deutsche Hand, die für Wehrmacht und Rüstungsindustrie von wesentlicher Bedeutung waren.

Ungeachtet der Form der staatsrechtlichen Verbindung des Protektorats mit dem Dritten Reich zeigte sich Deutschland entschlossen, seine sogenannten tausendjährigen Interessen „nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art“ voll wahrzunehmen<sup>55</sup>. Die wirtschaftliche Autonomie Böhmen-Mährens blieb formal garantiert, war aber eine scheinbare, erst recht nach der am 1. Oktober 1940 geschlossenen Zollunion. Diese zwar nicht faktisch, wohl aber *de jure* respektierte außenwirtschaftliche Aktionsfreiheit sollte entscheidende Vorteile bringen, nämlich die Anwendung des devisenträchtigen Meistbegünstigungsprinzips im Gegensatz zum ansonstigen bilateral ausgerichteten Clearing-Verkehr Deutschlands mit seinen Handelspartnern. Diese Aufrechterhaltung der Fiktion einer außenwirtschaftlichen Souveränität des Protektorats im Warenaustausch und monetären Verkehr mit Teilen des Auslandes zahlte sich aus. So konnte z.B. ein umfänglicher Handel mit Großbritannien und Frankreich aufrechterhalten werden, der z.B. im Sommer 1939 für das

<sup>53</sup> Wagner, S. 83.

<sup>54</sup> Vgl. dazu V. Mastny, *The Czechs Under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939 - 1942*. New York, London 1971, S. 66.

<sup>55</sup> Rede Hitlers, 28. 4. 1939. Zit. n. Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen*. Würzburg 1963, Bd. 2, S. 1156/1157.

Protektorat immer noch aktiv war und beachtliche Devisenkontingente einbrachte, mit der die deutsche passive Zahlungsbilanz gegenüber den USA auszugleichen war, was in Anbetracht der von den Vereinigten Staaten gelieferten rüstungswichtigen Rohstoffe für die deutschen ökonomischen Kriegsvorbereitungen von besonderer Wichtigkeit sein mußte. Zum anderen verbarg sich hinter der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Autonomie des Protektorats die Hoffnung, das hauptsächlich in Großbritannien deponierte und dort beschlagnahmte staatliche und private Kapital der tschechoslowakischen Nationalbank sukzessive freizubekommen. Als dies mit Abstrichen erreicht war, zudem der Krieg den Außenhandel weitgehend auf die Verbündeten und wenige Neutrale reduzierte, wurden mit dem Abschluß der Zollunion auch pro forma die Handels- und Devisenschranken zwischen dem Reich und dem Protektorat beseitigt. Wie ein deutscher Regierungsbeamter freimütig gestand, bildete die Aufhebung der Zollgrenze nun „die Voraussetzung für den vollen unbehinderten Einsatz der Rüstungswirtschaft des Protektorats für die deutsche Kriegführung“<sup>56</sup>. In Wahrheit standen alle das Protektorat betreffenden Regelungen, was Hitler offen zugab, „im Einklang mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches“<sup>57</sup>. In Anbetracht der bereits geplanten weiteren Eroberungen hieß dies nicht nur, „das Kriegspotential des Protektorats in Teilen oder im Ganzen unbedingt auszunutzen und möglichst bald auf den Mobfall auszurichten“, wie es Göring forderte<sup>58</sup>, sondern die Einbindung des gesamten Wirtschaftsprozesses in den Vierjahres- und Wehrwirtschaftlichen Neuen Erzeugungsplan. Wie bei der Besetzung Wiens, so war das NS-Regime auch nach dem Einmarsch in Prag darauf bedacht, in den Besitz der tschechoslowakischen Gold- und Devisenreserven zu gelangen. Unter dem Druck der Militärbehörden transferierte die Tschechoslowakische Nationalbank im Sommer 1939 über 800.000 Unzen Gold ungeachtet des britischen Embargos von London nach Berlin. Ein Jahr später wurden die in Prag befindlichen Goldvorräte „in den Gewahrsam der Reichsbank“ genommen<sup>59</sup>. Durch erzwungene Kapitalerhöhungen und Aktienverkäufe sowie durch Enteignung jüdischen Vermögens und jüdischer Beteiligungen vollzog sich eine rasche Durchdringung des Bankwesens und der Industrie.

In Böhmen und Mähren lag der größte Teil der Industrie der tschechoslowakischen Republik, aus der die metall- und elektrotechnische sowie die

<sup>56</sup> G. von Schmoller, *Das Wirtschaftsrecht in Böhmen und Mähren*. Brünn, München, Wien 1945, S. 18.

<sup>57</sup> Erlaß Hitlers, 16. 3. 1939. *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 - 1945*, Serie D (1937 - 1945), Bd. IV, S. 247.

<sup>58</sup> Göring, 25. 7. 1939, vor Vertretern des OKW sowie der Regierung. Zit. n. IMT Bd. III, S. 193/194.

<sup>59</sup> Schreiben des Reichsprotectors Neurath, 10. 6. 1940, an den Vorsitzenden der Protektoratsregierung, Eliáš. Zit. n. D. Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, T. I. München, Wien 1969, S. 150.

Textilbranche besonders herausragten. Die Produktionsanlagen befanden sich überwiegend in einem technisch ausgezeichneten Zustand, was speziell für die Metall-, Maschinen- und Rüstungsunternehmen galt. Diese verfügten über nicht voll ausgeschöpfte Kapazitäten, die sofort genutzt werden konnten und demzufolge für die überbeschäftigte deutsche Wehrwirtschaft eine wesentliche Entlastung bedeuteten. Aus diesem Grunde durften die vorgefundenen Vorräte an Rohstoffen und Fertigwaren im Werte von rund 2,9 Mrd. RM nicht nach Deutschland abtransportiert werden. Das gleiche galt für die vorhandenen Halbfabrikate, die der Industrie des Protektorats zur Verarbeitung überlassen blieben. Die Hüttenwerke besaßen Erzvorräte für 10 Monate<sup>60</sup>. Da die Industrie des Protektorats von der Eisen- und Stahlzufuhr aus dem Reich abhängig war, wurde noch im März 1939 eine Eisen- und Stahlkontingentierung und -planung verfügt<sup>61</sup>. Zur direkten Erweiterung der deutschen Rüstungsproduktion trugen — neben anderen — die beiden größten Rüstungsfirmen, die Škoda-Werke in Pilsen/Prag und die Tschechoslowakischen Waffenwerke AG in Brünn bei. Einen für die deutsche Wirtschaft wichtigen Faktor bildete die hohe Kriegsgeräteausrüstung, der die ČSR nicht zuletzt ihre in der Regel positive Außenhandelsbilanz verdankt hatte. Immerhin stand die Tschechoslowakei 1937 an vierter Stelle der Kriegsgeräte exportierenden Länder der Welt. Wenn auch die wirtschaftlichen Eingriffe der deutschen Behörden im Protektorat letztlich darauf hinausliefen, „die Produktion der Werke auf deutsche Rüstungsbedürfnisse“ umzustellen<sup>62</sup>, so wurde zunächst „doch auf die Erhaltung dieser Ausfuhr... aus den bekannten Devisengründen ausschlaggebender Wert gelegt“<sup>63</sup>. Zumindest galt es, dafür Sorge zu tragen, daß die ohnehin knappen ausländischen Zahlungsmittel des Reiches nicht noch für die Rohstoffversorgung Böhmen-Mährens in Anspruch genommen werden mußten. Denn das Protektorat wies — ähnlich wie Deutschland — eine starke Rohstoffabhängigkeit bei hoher Fertigwarenausfuhr auf. Die Wehrmacht, die gleich nach der Okkupation Vorkehrungen „zur raschen Ausnutzung der Tschechei für die Aufrüstung“ getroffen hatte<sup>64</sup>, sah sich daher bald genötigt, ihre — zum Teil bereits vergebenen — Aufträge mit dem Vierjahresplan abzustimmen. Dieser legte zunächst für die exportorientierten Betriebe bestimmte Ausfuhrquoten fest, ehe er die Produktionskapazitäten für die Wehrmacht freigab.

Bemerkenswert ist allerdings in diesem Zusammenhang, daß Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan keineswegs die

<sup>60</sup> Wehrwirtschafts-Inspektion Prag, 26. 3. 1939. BA-MA Wi I F 3/207.

<sup>61</sup> Verfügung des Reichswirtschaftsministers, 18. 3. 1939. Ebd.

<sup>62</sup> Kehrl, S. 160.

<sup>63</sup> Inspektionsbefehl Nr. 3, 27. 3. 1939. der Wehrwirtschafts-Inspektion Prag. BA-MA I F 3/207.

<sup>64</sup> Anlage I zum Inspektionsbefehl Nr. 1, 22. 3. 1939, der Wehrwirtschafts-Inspektion Prag. Ebd.

wirtschaftspolitischen Vollmachten erhielt, die er im übrigen Reichsgebiet ausübte. Der Feldmarschall mußte sich vielmehr damit begnügen, seine beabsichtigten Maßnahmen je nach Zweckmäßigkeit Hitler vorzutragen, die sie dem Reichsprotector in Form von Weisungen weitergab, oder aber unmittelbar das Einvernehmen mit dem Reichsprotector suchen<sup>65</sup>.

Alle bereits laufenden Auslandsaufträge für Kriegsgerät mußten zudem erfüllt werden, sofern sie Devisen erbrachten. Mitte April 1939 erfolgte aber bereits die allmähliche Umstellung der Rüstungsindustrie auf deutsche Erfordernisse<sup>66</sup>, was im Spätsommer des Jahres zur Lenkung aller öffentlichen und staatswichtigen Aufträge im Protectorat führte<sup>67</sup>. Auf diese Weise gelang es, „bis tief in den Kriegswinter 1939/40 hinein die industrielle Tätigkeit voll aufrechtzuerhalten und die Erteilung der von der Rüstungsindustrie erstrebten unmittelbaren Wehrmächtaufträge an die Bedingung der Deckung des Rohstoffbedarfes aus eigener Kraft der auftragnehmenden Firmen zu knüpfen“<sup>68</sup>.

Wertet man den industriellen Zuwachs des Dritten Reiches um das Protectorat im Zusammenhang mit der Einverleibung der Ostmark und des Sudetenlandes, dann ergab sich Mitte 1939 ein deutscher Anteil an der industriellen Weltproduktion von 15%. Das Reich stand damit nach den USA an zweiter Stelle in der Rangliste der Industrieländer der Welt<sup>69</sup>. Da die freien Produktionskapazitäten Böhmen-Mährens nicht sogleich voll genutzt werden konnten, suchte Deutschland einen Teil der über 100.000 Arbeitslosen für den Einsatz im Reich zu gewinnen, zumal es sich bei ihnen in der Hauptsache um vielbegehrte qualifizierte Facharbeiter handelte. Darüber hinaus sollte das Arbeitskräftereservoir den geplanten Bau der Autobahn Berlin-Wien durch das Protectorat und den Baubeginn zweier Autobahnen im Protectorat selbst ermöglichen, denen man sowohl eine wirtschaftlich integrierende wie strategische Funktion beimaß. Bis Mitte April 1939 gelang die Anwerbung von rund 30.000 Arbeitern, eine Zahl, die sich bis Kriegsausbruch auf 70.000 erhöhte<sup>70</sup>.

Resumierend läßt sich festhalten, daß die Eingliederung des Protectorats sicher vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus eine Erleichterung der deutschen Wirtschaftslage bedeutete, aber mehr noch in einzelnen wichtigen Bereichen. So war die Vergrößerung des industriellen Produktionsvolumens angesichts der im Altreich äußerst angespannten Produktionskapazitäten von nicht zu unterschätzendem Wert. Sie brachte darüberhinaus eine erhebliche Erweiterung der Rüstungsindustrie mit sich. Ein nicht zu übersehender Faktor

<sup>65</sup> Schreiben des Chefs der Reichskanzlei, 29. 3. 1939, an Staatssekretär Körner vom Vierjahresplan. BA R 43 II/1329 a.

<sup>66</sup> BA-MA Wi I F 3/161.

<sup>67</sup> Vermerk über eine Besprechung im Vierjahresplan, 8. 8. 1939. BA-MA 29/2.

<sup>68</sup> Geschichte der Rüstungsinspektion Prag. BA-MA 22/21.

<sup>69</sup> Deutschlands wirtschaftliche Lage in der Jahresmitte 1939. Expertise der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Berlin. Vgl. Barthel, S. 105.

<sup>70</sup> Vgl. Brandes, S. 154 - 155.

war die Tatsache, daß das Deutsche Reich durch den Zuwachs um Böhmen und Mähren eine gesamtwirtschaftlich zu Buche schlagende räumliche und vor allen Dingen bevölkerungsmäßige Erweiterung erfuhr, die es zum volkreichsten europäischen Industriestaat machte, mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten der ökonomischen Leistungssteigerung. Im Protektorat selbst herrschten relativ günstige ernährungswirtschaftliche Verhältnisse. Böhmen und Mähren wiesen Überschüsse bei den Hauptgetreidearten auf, schließlich bei Zucker, Fleisch und tierischen Fetten, während bei Kartoffeln Eigenversorgung möglich war. Insgesamt konnte sich das Gebiet im Notfalle selbst ernähren. Bezieht man das am 22. Mai 1939 dem litauischen Staat ausgegliederte Memelland in eine gesamtdeutsche Ernährungsbilanz mit ein, dann ergibt sich insgesamt ein günstiges Bild. Sicher waren keine neuen Kornkammern zum Reich hinzugekommen, aber die allgemeinen Anbau- und vor allem Austauschbedingungen bei den einzelnen landwirtschaftlichen Produkten hatten sich verbessert. Es war somit auf dem Agrarsektor eine großraumspezifische positive Veränderung erfolgt.

Wenn die Geschichtswissenschaft dem ökonomischen Komplex in der Protektoratsfrage nur marginale Bedeutung beigemessen hat, dann müssen hier sichtbare Akzentverschiebungen erfolgen. Diese Notwendigkeit wird u.a. unterstrichen durch eine Denkschrift des Reichsinnenministeriums vom April 1939, wenn es dort heißt: „Die Einschiebung Böhmens und Mährens in das Großdeutsche Reich bedeutete nicht nur auf politischem, sondern insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine Großtat ersten Ranges: ... Sie bedeutete nach dem Anschluß Österreichs... eine weitere Bereinigung der unwirtschaftlichen Aufspaltung Mitteleuropas in kleine, unrationell arbeitende Wirtschaftsräume. Sie führt in das Reich ein Wirtschaftsgebiet zurück, das von Natur und kraft einer tausendjährigen Geschichte zum Reiche gehört“<sup>71</sup>.

Aber noch vor einem anderen Hintergrund verdient die Annexion der sogenannten Rest-Tschechei besondere Beachtung, nämlich unter dem der bereits eingangs angesprochenen Großraumwirtschaft. Verstand man bisher zum Beispiel laut einer Expertise der Deutschen Bank, deren Aussage sich mit den außenwirtschaftspolitischen Vorstellungen Schachts deckte, „unter einer europäischen Großraumwirtschaft das Zusammenwirken mehrerer Staaten zu gemeinsamen wirtschaftlichen Zielen und die Steigerung des gegenseitigen Güteraustausches auf der Basis enger handelsvertraglicher Bindungen“, also die handelspolitische Verflechtung mehrerer Volkswirtschaften, „so hat(te) dieser Begriff nun eine für Europa neue Prägung erhalten“<sup>72</sup>. Das heißt mit

<sup>71</sup> Zit. n. G. Hass, *Das Münchener Abkommen in der Strategie des deutschen Imperialismus und in der Appeasement-Politik der Westmächte*. In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 2. 1973, S. 37 - 69, hier S. 63.

<sup>72</sup> Das Protektorat Böhmen und Mähren im deutschen Wirtschaftsraum, S. 19.

der territorialen Eingliederung Österreichs, des Sudetengebietes sowie Böhmen-Mährens hatte sich als erste Stufe die deutsche Großraumwirtschaft innerhalb erweiterter Reichsgrenzen herausgebildet. Das sogenannte Großdeutsche Reich war in seiner ersten Dimension abgesteckt. Ein vergrößerter einheitlicher Wirtschaftskörper ließ sich nun nach einem einheitlichen Willen, nach rüstungswirtschaftlichen Prioritäten also, lenken. „Dieser in sich geschlossene Wirtschaftskörper“ konnte, und in diesem Punkt deckten sich die Ansichten der Deutschen Bank wiederum mit denen der Reichsregierung, „fortschreitend so ausgestaltet werden, wie es die Erzielung höchster Leistungsfähigkeit verlangt(e)“. Konkret bedeutete dies, daß fortan „die Produktion Böhmens und Mährens... auf die Produktion des Reiches abgestimmt“, Fragen der Arbeitsteilung und der industriellen Standorte „unter Berücksichtigung der natürlichen Produktionsbedingungen des Gesamtreiches gelöst werden“ sollten<sup>73</sup>.

Darüberhinaus aber tat das Dritte Reich mit der Schaffung des Protektorats einen ersten erfolgreichen Schritt in Richtung der Beherrschung eines wirtschaftlichen Großraumes über seine territorialen Grenzen hinweg. Berlin ließ es nun nicht an dem Bemühen fehlen, um seinen unmittelbaren Herrschaftsbereich herum einen Kranz formal zwar souveräner, politisch, vor allem aber ökonomisch von ihm kontrollierbarer, besser noch abhängiger Staaten zu legen, und zwar zunächst einmal an seiner Südostflanke. Es entsprach den Intentionen der NS-Machthaber, „einen einheitlichen, geschlossenen Wirtschaftsblock im Mitteleuropa (zu) bilden, der seinen außenwirtschaftlichen Schwerpunkt — natürlichen Gegebenheiten entsprechend — in dem südosteuropäischen Raum haben“ sollte<sup>74</sup>. Das Dritte Reich leitete die zweite Phase seiner wirtschaftlichen Hegemonial- und Großraumpolitik ein.

Für diese Vorhaben bot das neugewonnene Territorium die beste Ausgangsbasis, von der aus zunächst der Griff nach der Slowakei gelang. Göring „rechnet(e)“ — wie er sagte — „mit einer völligen wirtschaftlichen Angleichung der Slowaken“. Dem Chef des Wehrwirtschaftsstabes im Oberkommando der Wehrmacht erklärte er, aus der Slowakei „müsse herausgeholt werden, was irgend möglich“ sei. Dem sogenannten Schutzstaat würde, wie der Bevollmächtigte für den Vierjahresplan sich ausdrückte, lediglich die Rolle eines „deutsche(n) Dominions“ zugebilligt<sup>75</sup>, das eine gewisse Autonomie auf wirtschaftlichem Sektor behielt, lediglich der äußeren Optik wegen. Das deutsch-slowakische Verhältnis sollte Modellcharakter für die ergänzungswirtschaftliche Zusammenarbeit zweier sogenannter „befreundeter“ Staaten tragen. Die

<sup>73</sup> Denkschrift des Reichsinnenministeriums, April 1939. Zit. n. Hass, S. 63.

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Aufzeichnung des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes im OKW, Thomas, über eine Besprechung bei Göring, 14. 10. 1938. Zit. n. *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschland in der Gegenwart*. Bd. 12, Berlin 1967, S. 522 - 525, hier S. 524.

NS-Machthaber benutzten, dem deutschen Gesandten in Preßburg zufolge, die Slowakei als „die Visitenkarte“, die sie „den kleinen südosteuropäischen Staaten und besonders den slawischen Völkern hinhielten: So selbständig kann ein kleiner Staat leben“, der sich der ökonomischen Neuordnung Europas unter deutscher Regie nicht widersetzt<sup>76</sup>.

Durch die militärische und damit auch politische Oberhoheit über die Slowakei ragte der deutsche Machtbereich nunmehr keilförmig in den Südosten Europas hinein, wodurch das Dritte Reich eine hervorragende Basis zur politischen aber auch ökonomischen Beherrschung dieses Raumes besaß. Die letztere ließ sich um so besser ausüben, als die Gefährdung der Donau-Schifffahrt von und nach den Balkanländern beseitigt war. Jetzt mußte es gelingen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien in den deutschen Machtbereich zu integrieren, um, wie Hitler es in einer Rede formulierte, die „uneingeschränkte Kontrolle über ihre unermeßlichen landwirtschaftlichen Quellen und über ihre Petroleum-Schätze“ zu gewinnen<sup>77</sup>. Dies schien um so leichter möglich, als die wirtschaftliche Abhängigkeit der Gebiete der ehemaligen ČSR vom Dritten

Der Außenhandel der Münchener Tschechoslowakei<sup>78</sup>

4. Vierteljahr 1938 in Mil. K.

	Einfuhr	Ausfuhr
Deutschland (Altreich)	107	123
Sudetenland	344	283
Ostmark	11	29
Polen	22	24
an Polen abgetretene Gebiete	83	7
Rumänien	84	110
Jugoslawien	72	73
Italien	57	37
Belgien	20	37
England	75	161
Frankreich	60	40
Schweiz	45	59
Holland	54	69
Schweden	40	37
U.S.A.	133	62

<sup>76</sup> Aufzeichnung des deutschen Gesandten in Preßburg, 25. 6. 1940. *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, Serie D, Bd. X, S. 15.

<sup>77</sup> Bericht Keplers, 8. 3. 1939, über eine Rede Hitlers. Zit. n. *Anatomie des Krieges*, S. 204.

<sup>78</sup> Übersicht des OKW, 28. 3. 1939, über die wirtschaftliche Lage Böhmen-Mährens Anfang März 1939 und die voraussichtlichen Auswirkungen der Angliederung auf die wehrwirtschaftliche Lage Großdeutschlands. BA--MA Wi I/177.



Reich die ohnehin im Zuge der Politik des Neuen Plans bereits vertieften deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen noch intensiviert. Denn zum einen waren die handelspolitischen Verflechtungen zwischen der Tschechoslowakei und den Balkanstaaten, insbesondere mit Jugoslawien und Rumänien, schon recht eng gewesen und ließen sich nun unter ergänzungswirtschaftlichen Aspekten von Berlin nutzen.

Zum anderen besaßen Firmen und Banken des Sudetengebietes, des Protektorats und der Slowakei beachtliche Kapitalanlagen in Südosteuropa, in erster Linie in der Metall-, Eisen- und Maschinenindustrie, aber auch im Textil- und Chemiebereich, hier auch wieder schwerpunktmäßig in Rumänien und Jugoslawien, über die sich ein gewisser Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen der besagten Länder ausüben ließ<sup>79</sup>. Die Bedeutung der wirtschafts- und machtpolitischen Veränderungen im böhmisch-mährischen Raum läßt sich nicht besser, als mit der Ansicht des Oberkommandos der Wehrmacht zum Ausdruck bringen, daß nämlich „die nunmehrige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Rest-Tschechoslowakei vom Reich und die dadurch erreichte verstärkte Sicherung des Zuganges zum Südostraum“ den eigentlichen Hintergrund des Geschehens bilde<sup>80</sup>.

Im Frühjahr 1939 kam das NS-Regime der geplanten Errichtung eines Großwirtschaftsraumes einen wesentlichen Schritt näher. Doch reichte die inzwischen angesammelte ökonomische Kraft immer noch nicht aus, um entweder den Revanchekrieg gegen Frankreich — mit den Risiken des Kriegseintritts Großbritanniens — oder gar den Kampf um den Lebensraum im Osten, das heißt gegen die UdSSR, mit begründeter Aussicht auf Erfolg führen zu können. Noch erschien die Nahrungs- und Futtermittelversorgung im Blockadefall ebensowenig gewährleistet wie der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt, der im Kriegsfall allein schon aufgrund notwendig werdender umfangreicher Rekrutierungen wachsen mußte. Unter Beibehaltung des rüstungswirtschaftlichen Kurses war eine Verbesserung der ökonomischen Situation Deutschlands auch weiterhin „ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums... nicht möglich“, was Hitler den Spitzen der Wehrmacht Ende Mai 1939 klarzumachen suchte. Die Lösung des Problems sah er — das langfristige Programm der Lebensraumgewinnung mit dem kurzfristigen der Rüstung verbindend — in der Eroberung Polens. Diese hielt er für unabdingbar „notwendig, um (die) polnische Lieferung landwirtschaftlicher Produkte und Kohle für Deutschland zu sichern“. Gelang dies, dann mußte nach seiner Überzeugung „Deutschland unbesiegbar sein“, und es konnte „ein für alle

---

<sup>79</sup> Vgl. die Expertises des OKW, 28. 3. 1939, über tschechoslowakische Kapitalanlagen in Südosteuropa. Ebd.

<sup>80</sup> Brief Görings, 15. 10. 1938, an die obersten Reichsbehörden. BA-MA Wi I F 5/560.

Mal mit seinem Erzfeinde Frankreich abrechnen”<sup>81</sup>. Danach endlich schien der Weg frei in Richtung Ural. Mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei tat das Dritte Reich den ersten Schritt zur vielbeschworenen „Neuordnung“ Europas.

---

<sup>81</sup> Inhaltliche Wiedergabe einer Rede Hitlers, 8. 3. 1939, vor Vertretern der Wirtschaft, der Partei und der Generalität. Zit. n. *Anatomie des Krieges*, S. 204.